

REDE

Annelie Buntenbach

DGB-Vorstandsmitglied

DGB-Rententagung

„Kurswechsel: Die gesetzliche Rente stärken“

am 20. September 2016 in Berlin

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Anrede,

ich bin froh, dass über die Zukunft der Rente in der Republik inzwischen breit diskutiert wird, im Parlament, in den Betrieben, Parteien, Sozialverbänden, Gewerkschaften - das Thema treibt die Menschen um, und wir brauchen hier nicht nur Diskussionen, sondern praktikable Antworten, um die Rente fit zu machen für die Zukunft.

Was wollen wir als Gewerkschaften?

Unser Ziel ist - Reiner Hoffmann hat es eben schon angesprochen - dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, wenn sie jahrzehntelang gearbeitet und in die Rentenkasse eingezahlt haben, im Alter eine Rente bekommen, von der sie in Würde leben können.

Sie brauchen einen stabilen Schutz vor sozialem Abstieg, erst recht vor Altersarmut.

Hier macht uns der Blick in die Zukunft große Sorge:

Das Rentenniveau ist schon deutlich gesunken, und es wird, wenn die Weichen nicht neu gestellt werden, weiter sinken.

Der Schutz wird brüchig, und spätestens dann, wenn die Menschen, deren Erwerbsbiographie durch den Niedriglohnsektor geprägt ist, in eine so abgesenkte Rente gehen, würde das zu einer Vervielfachung von Altersarmut führen.

Aber auch denjenigen, die gut verdienen, droht sozialer Abstieg.

Jetzt sagen einige, wie Herr Hüther vom Institut der Wirtschaft und Arbeitgeberpräsident Kramer, wer von dem Risiko massenhafter Altersarmut in der Zukunft redet, betreibt nur Schwarzmalerei.

Das ist falsch.

Verantwortliche Politik fängt damit an, dass man sich nicht an der Realität vorbeidrückt.

Und aus dieser Realität ist nicht wegzureden, dass mit dem Sinken des Rentenniveaus auch die Höhe der Rente sinkt, die die Menschen in Zukunft zu erwarten haben.

Und das heißt für viele, bei denen es heute schon knapp ist, dass sie im Alter gleich in die Grundsicherung rutschen würden.

Ein Beispiel: Ein Koch in Berlin bekommt heute nach Tariflohn 1943 Euro.

Würde er heute nach 40 Jahren Vollzeit in Rente gehen, bekäme er 755 Euro im Monat.

Das ist schon nicht viel, aber bei einem Rentenniveau von 43%, wie es für 2030 als Sicherungsziel im Gesetz steht, wären es noch einmal 80 Euro weniger.

Die Krankenschwester im Westen hätte nach

40 Jahren Vollzeit bei einem Lohn von 2741 Euro heute 985 Euro Rente, bei 43% Rentenniveau noch 884 Euro.

Viele bekommen keine 40 Jahre zusammen, oder sind nicht in Vollzeit beschäftigt und lägen damit noch niedriger.

Von den Frauen in den Minijobs - eine direkte Rutschbahn in die Altersarmut - gar nicht erst zu reden.

Mit dieser Wirklichkeit müssen wir uns auseinandersetzen, damit wir sie ändern.

Und das können wir auch - schließlich ist diese Entwicklung ja nicht etwa zwangsläufig oder unabänderlich.

Die Politik kann und muss umsteuern, und zwar bevor es zu spät ist, um Altersarmut zu verhindern und die Rente für die Zukunft gut aufzustellen.

Anrede,

Sicher gibt es nicht den Königsweg in der Rentenpolitik - da muss an vielen Stellschrauben gearbeitet werden.

Mit dem Rentenpaket am Anfang dieser Legislatur hat die Bundesregierung zum ersten Mal seit langen Jahren überhaupt wieder Leistungsverbesserungen in der Rente beschlossen, das war ein richtiger Schritt, dieser Weg muss weitergegangen werden.

Aber auch wenn die Stellschrauben vielfältig sind - klar ist, der Kern der Alterssicherung, des Schutzes vor sozialem Abstieg und Altersarmut, ist die gesetzliche Rentenversicherung.

Hier ist der allergrößte Teil der Menschen versichert, ihre Leistungen sind zentral für die Lebensqualität im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit.

In diesem Sozialversicherungssystem müssen Solidarität und Gerechtigkeit immer wieder austariert werden.

Und genau das muss die Politik jetzt tun - sie muss das Leistungsversprechen der Rente in den Fokus rücken, den Tunnelblick von der alleinigen Ausrichtung auf die Beitragssätze lösen.

Die Rentenreform von 2001 hatte die Absenkung des Niveaus der gesetzlichen Rente mit der Vorstellung verbunden, dass diese Sicherungslücke über geförderte private Vorsorge ausgeglichen werden könnte.

Nach 15 Jahren Riester-Rente muss man sich nüchtern der Bilanz stellen: diese Erwartung hat sich nicht erfüllt, es funktioniert nicht.

Man kann mit Riester den Lücken, die in der gesetzlichen Rente gerissen worden sind, nicht hinterhersparen.

Gerade Haushalte mit niedrigem Einkommen riestern kaum, aber hier wird im Alter das abgesenkte Rentenniveau ungebremst treffen, während Besserverdienende die Förderung mitnehmen.

Kurz und zugespitzt:

Die, die die Riester-Rente brauchen würden, haben sie nicht.

Und die, die sie haben, brauchen sie nicht.

Außerdem: Gegen das Risiko Erwerbsminderung schützt Riester in der Regel gar nicht.

Wenn auf diesem Weg Sicherungslücken im Alter nicht geschlossen, sondern gerissen werden, heißt für uns die Konsequenz:

Nicht weiter auf Privatisierung der Alterssicherung setzen, sondern Kurswechsel hin zur Stärkung der gesetzlichen Rente.

Der erste Schritt:

Das Niveau der gesetzlichen Rente stabilisieren, und zwar jetzt. Langfristig muss das Rentenniveau angehoben werden.

Anrede,

Wenn wir das fordern, müssen wir uns auch kritischen Fragen stellen.

Eine davon lautet:

Hilft die Stabilisierung des Rentenniveaus eigentlich denjenigen, die es am dringendsten brauchen?

Dabei ist klar, dass es bei der Rente immer auch um eine Gerechtigkeitsfrage für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geht.

Dass nach jahrzehntelangem Arbeiten der soziale Abstieg im Alter nicht vorprogrammiert sein darf, gilt für den gutverdienenden Facharbeiter genauso wie für die Verkäuferin oder den Gebäudereiniger.

Aber: Auch denjenigen, die von Armut im Alter oder bei Erwerbsminderung bedroht oder betroffen sind, würde ein stabilisiertes Rentenniveau helfen.

Denn nur bei einer Rente, die nicht dauerhaft an Wert verliert, kann ein notwendiger Solidarausgleich wirksam werden, der dann auch bei brüchigen Erwerbsbiografien, niedrigen Löhnen oder anderen Lücken zu einem besseren Rentenanspruch führt.

Ein stabilisiertes Niveau schafft damit erst die Grundlage für die nötigen konkreten Maßnahmen zur Vermeidung von Altersarmut, wie z.B. der Rente nach Mindestentgeltpunkten.

Bei Erwerbsminderung - und das ist aktuell jeder fünfte Rentenzugang - ist der Zusammenhang ganz direkt zu sehen: Das sinkende Rentenniveau schlägt 1:1 auf die Betroffenen durch.

Privat dagegen anzusparen funktioniert nicht - auf dem privaten Versicherungsmarkt gibt es, übrigens auch bei den Riester-Produkten, gar keine adäquaten, für alle Versicherten halbwegs bezahlbaren Angebote.

Die Zahlbeträge sind bei den Erwerbsminderungsrenten seit Jahren gesunken, nach einer Verbesserung Anfang dieser Legislatur sind sie wieder auf dem Weg abwärts, die Zahl der Armutsrenten ist hier erschreckend und nimmt zu.

Hier besteht dringender Handlungsbedarf - sowohl über die Stabilisierung des Rentenniveaus als auch über die Abschaffung der Abschläge.

Anrede,

Lassen Sie mich an dieser Stelle ein Wort zur betrieblichen Alterssicherung sagen, deren Verbreitung uns als Gewerkschaften wie Sie wissen sehr am Herzen liegt.

Bei der BAV ist ja gerade der Reiz, dass mit ihr - mit Beteiligung des Arbeitgebers versteht sich - ein Stück mehr Lebensstandardsicherung, mehr Aktionsradius im Alter erarbeitet wird.

Und dieses "mehr" an Lebensqualität durch die betriebliche Altersvorsorge darf nicht einfach in Löchern verschwinden, die bei der gesetzlichen Rente gerissen werden.

Betriebliche Alterssicherung kann umso mehr bewirken, wenn sie auf einem stabilen, guten Niveau der gesetzlichen Rente aufsetzen kann.

Damit möglichst viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Alter von diesem "mehr" an Lebensqualität profitieren können, haben die Gewerkschaften eine ganze Reihe von Tarifverträgen abgeschlossen.

Solche Tarifverträge sollten leichter allgemeinverbindlich werden können, hier dürfen die Arbeitgeber nicht länger auf der Bremse stehen.

Sie müssen sich bewegen - und wir brauchen die Flankierung durch den Gesetzgeber, um die betriebliche Alterssicherung zu stärken und zu verbreiten.

Das Gesetz ist in Vorbereitung, wir sind in Gesprächen, ich bin gespannt.

Anrede,

aber zurück zur Stabilisierung des Niveaus der gesetzlichen Rente:

Wer das fordert, muss sich auch der Finanzierungsfrage stellen.

Als erstes die schlechte Nachricht:

Die Kosten des demographischen Wandels können nicht einfach wegreformiert werden, das kann die gesetzliche Rente nicht, das kann aber auch der Kapitalmarkt nicht, auch wenn das Anfang diesen Jahrtausends viele geglaubt haben.

Diese Illusion dürfte spätestens mit dem Finanzmarktcrash 2008/2009 zerplatzt sein.

Was wir aber können, ist zum einen die Gesellschaft so aufstellen, dass die Kosten möglichst gering ausfallen, möglichst viele Menschen also in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung sind, mit guten Löhnen und Beiträgen in die Rentenkassen.

Dafür braucht es Investitionen in Bildung und Innovation, in Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie in die Integration von Geflüchteten und Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt.

Und es geht auch um Eindämmung von prekärer Beschäftigung und Niedriglohn, des Missbrauchs von Leiharbeit und Werkverträgen, es geht um gute Tarifverträge und Tarifbindung.

Das hilft bei der Produktivität, und das hilft den einzelnen auch später bei der Rente, keine Frage.

Zum andern geht es darum, die Lasten gerecht zu verteilen.

Das heißt nicht zuletzt die paritätische Finanzierung wiederherzustellen statt jetzt 4% mehr Aufwendungen für die Arbeitnehmerseite.

Und wenn man weiß, dass man das nicht mal einfach so aus der Portokasse zahlt, dann muss man so früh und präventiv wie möglich handeln.

Unser Vorschlag:

Statt die Rücklagen der Rentenversicherung jetzt weiter zu verpulvern - im Moment sind das immerhin noch rund 35 Mrd. - sollten sie zu einer Demographiereserve ausgebaut werden.

Die Kosten der sog. Mütterrente, fast 7 Mrd. jährlich, müssen ab sofort statt aus der Beitragskasse endlich aus Steuermitteln gezahlt werden - das ist eindeutig eine gesamtgesellschaftliche Leistung, wir zahlen ja auch nicht das Kindergeld aus Beitragsgeldern!

Der Rentenkasse dürfen nicht ständig neue Leistungen aufgebürdet werden, für die eigentlich über Steuermittel alle, Großaktionär, Ministerialrat, Manager oder Anwalt, herangezogen werden müssten.

Das gilt für die Umstellung der Ostrenten genauso wie für die Bekämpfung von Altersarmut - die Beitragszahler haben dem Finanzminister schon viel zu lange seine schwarze Null aus der Beitragskasse subventioniert!

Um die Demografiereserve aufzubauen, plädieren wir außerdem dafür, jetzt die Beiträge in kleinen, verkraftbaren Schritten anzuheben, nicht höher, aber früher als von der Bundesregierung sowieso vorgesehen.

Damit können wir ein stabiles Rentenniveau bis in die 2030er Jahre finanzieren und hätten 2030 immerhin noch fünfeinhalb Monatsausgaben in der Rentenkasse (also 190 Mrd).

Eine solche Demographiereserve löst nicht alle Probleme der Zukunft, klar, aber mit ihr können wir das Rentenniveau sofort stabilisieren, und gleichzeitig gibt sie uns die Zeit, über die langfristige Aufstellung der Alterssicherung für die Zukunft zu diskutieren und die Weichen neu zu stellen, z.B. in Richtung Erwerbstätigenversicherung oder die Umwandlung von Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung.

Diese Diskussion über die langfristigen Perspektiven können wir dann auf seriöserer Grundlage breit gesellschaftlich führen, wenn die Bundesregierung im November mit ihrem Alterssicherungsbericht zum ersten Mal Zahlen auf den Tisch legt über die Entwicklung von Beitragssätzen und Rentenniveau nach 2030. Darauf sind wir alle gespannt.

Aber das heißt nicht, jetzt abzuwarten! Wenn die Politik wartet, kommen in 2020, spätestens 2021 die nächsten Beitragssatzsprünge auf uns zu - die Beiträge müssten angehoben werden, weil die Rentenkasse dann leer wäre.

Aber diesen höheren Beiträgen würden keine Leistungsverbesserungen gegenüber stehen, im Gegenteil, das Rentenniveau würde trotzdem weiter sinken.

Und dann höre ich schon, wie die Raffelhüschen, Hüthers und andere lauter werden mit der Forderung nach den nächsten Leistungskürzungen, angefangen mit der Rente mit 70.

In einen solch drohenden Verlust der Legitimation der gesetzlichen Rente wollen wir nicht sehenden Auges hineinlaufen, wir haben für die Stabilisierung des Rentenniveaus und den Aufbau der Demographiereserve keine Zeit mehr zu verlieren!

Übrigens geht unser Vorschlag keineswegs zulasten der jungen Generation, im Gegenteil!

Die, die 2050 in Rente gehen, sind heute 30.

Wenn wir jetzt nichts tun, sind sie diejenigen, die später in die Röhre gucken.

Denn bis dahin wäre das Rentenniveau deutlich unter 43% gesunken.

Trotzdem würden die Beiträge steigen.

Wer hier fein raus wäre, wären alleine die privaten Versicherer, schließlich sollen die jungen Leute ja noch privat aus eigener Tasche vorsorgen und kräftig draufzahlen - über den Kapitalmarkt mit all seinen Risiken.

Dabei ist die gesetzliche Rentenversicherung – entgegen aller Unkenrufe – aufgrund ihrer konkurrenzlos besseren Rendite mit Abstand der bessere Deal im Vergleich zu jeder privaten Versicherung.

Gerade im Interesse der jungen Generation müssen wir uns jetzt um ein stabiles Rentenniveau kümmern und die Rentenversicherung für die Zukunft gut aufstellen.

Was junge Menschen hier an höheren Belastungen haben, zahlt sich später in besseren Leistungen für sie aus.

Ganz anders wirkt die Antwort allerdings, die uns Jens Spahn, Wolfgang Schäuble, Bernd Raffelhüschen, auch die Deutsche Bundesbank und noch einige andere als einzig wahre Lösung verkaufen wollen:

Weiter hoch mit dem Renteneintrittsalter, auf 69, 70 oder wohin auch immer.

Die Jungen sollen mehr Einzahlung für weniger Rente, die sie noch später bekommen würden.

Von meinem Verständnis von Generationengerechtigkeit ist das meilenweit entfernt!

Rente mit 69 oder 70, das ist für uns absolut indiskutabel.

Das würde die Altersarmut weiter vergrößern, schon heute schaffen es viele nicht gesund und in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung bis zum 65. oder 67. zu arbeiten.

Sie müssen vorher raus, mit hohen Abschlägen, und wenn sie in die größer werdende Kluft zwischen dem Ende der Arbeit und dem Anfang der Rente abstürzen, wird auf den letzten Metern ihre gesamte Lebensleistung entwertet.

Dabei geht es nicht nur um den vielerwähnten Dachdecker, sondern auch um die Altenpflegerin, den Schichtarbeiter, den Busfahrer.

Die Rente ab 63 hilft hier allerdings nur einem kleinen Teil, wir brauchen dringend mehr Wege für den abgesicherten Übergang.

Da bleibt das Flexi-Rentengesetz, auch wegen des Widerstands der Arbeitgeber und des Wirtschaftsflügels der Union, weit hinter dem zurück, was WIRKLICH nötig ist.

Die ständig neuen Ankündigungen, das Renteneintrittsalter noch weiter hoch zu setzen, macht den Menschen Angst - und es macht sie zornig, weil sie genau wissen, dass ihnen so mühsam erarbeitete Jahre im Ruhestand samt der Renten weiter gekürzt werden sollen.

Anderen, die sich mühselig in Richtung Rente hangeln, verbaut es jede Perspektive.

Wir erwarten, dass die Parteien in ihren Wahlprogrammen die Anhebung des Renteneintrittsalters ganz klar ausschließen!

Ich danke Ihnen fürs Zuhören!